

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 147. Ratssitzung vom 21. November 2012

3315. 2010/156

Postulat der Grüne Fraktion vom 07.04.2010:

Umstellung auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung des städtischen Landbesitzes ausserhalb der Stadtgrenzen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Bernhard Piller (Grüne) begründet namens der Grüne-Fraktion das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 5747/2010): Die Stadt soll ihr ausserhalb der Stadt verpachtetes Land schnellstmöglich auf kontrolliert biologische Bewirtschaftung umstellen. Die Stadt Zürich besitzt über 1 600 000 m² Land ausserhalb der Stadt, das ist gut 2,5-mal so viel, wie sie innerhalb der Stadtgrenzen besitzt. Vom Land ausserhalb der Stadt sind drei Viertel Landwirtschaftsland. Die Landwirtschaftspolitik der Zukunft umfasst im Grundsatz folgende Punkte: Umstellung von konventioneller auf biologische Landwirtschaft, Reduktion des Fleischkonsums, Regionalisierung der Nahrungsmittelproduktion. Mit diesen Massnahmen kann der Energieverbrauch der Produktion verringert werden. Die Stadt Zürich ist eine Verfechterin dieser Politik. Verpachtetes Land in der Stadt wird bereits biologisch bewirtschaftet, es ist daher logisch, dies auch ausserhalb der Stadtgrenzen zu fordern.

Severin Pflüger (FDP) begründet namens der FDP-Fraktion den am 21. April 2010 gestellten Ablehnungsantrag: Die biologische Bewirtschaftung in der Landwirtschaft ist zwar eine gute Sache, trotzdem lehnen wir das Postulat ab. Es geht uns um die Rolle der Stadt als Landbesitzerin. Sie soll der Landbevölkerung nicht wieder vorschreiben, wie sie das Land zu bewirtschaften hat. Vielmehr muss ein Bauer die biologische Bewirtschaftung selber wollen. Ausserdem sollte die Stadt Zürich dieses Land ausserhalb der Stadtgrenzen möglichst schnell abstossen. Wir sind eine Stadt mit Zentrumsfunktion und kein Landwirtschaftsbetrieb, keine Gutsverwalterin. Am Postulat stört uns vor allem der faktische Bewirtschaftungszwang für alle landwirtschaftlichen Flächen. Diese Bevormundung ist unnötig.

Weitere Wortmeldungen:

Mirella Wepf (SP): Biolandwirtschaft schneidet punkto Nachhaltigkeit nachweislich besser ab als andere Labels oder die konventionelle Landwirtschaft, deshalb unterstützt die SP dieses Anliegen.

Roger Liebi (SVP): Uns stört nicht der ökologische Anspruch, der ja mittlerweile bei den Bauern weit verbreitet ist, sondern ebenfalls die Rolle der Stadt als Landbesitzerin ausserhalb der Stadtgrenzen. Auch nach meiner Meinung sollte das Land veräussert wer-



2 / 2

den, ein entsprechendes Postulat von mir aus dem Jahr 2002 wurde aber relativ knapp abgelehnt. Die Stadt sollte ihre Politik nicht den ländlichen Gemeinden aufzwingen. Landwirtschaftspolitik ist in unserem Stadtparlament sowieso fehl am Platz. Das Postulat kann getrost abgelehnt werden.

Dr. Martin Mächler (EVP): *Die EVP möchte das Wort «raschmöglichst» aus dem Postulat streichen. Wir kennen Bauern, die ihren Betrieb aufgeben mussten, weil die von den Politikern kurzfristig beschlossenen Auflagen zu viel wurden und nicht mehr einzuhalten waren. Obwohl uns der Ruf nach mehr biologischer Bewirtschaftung sympathisch ist, müssen wir das Postulat ablehnen – ausser unsere Textänderung würde angenommen. Die Umsetzung könnte über angemessene Fristen erreicht werden.*

Bernhard Piller (Grüne): *Wir nehmen die Textänderung nicht an.*

Das Postulat wird mit 73 gegen 48 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat